Bundesgenossen verloren. Die proletarische Revolution hat ihr ursprünglich stärkstes Kraftzentrum eingebüßt. Alle diese Dinge haben natürlich ihre Spuren eingegraben im Bewußtsein der deutschen Arbeiterklasse. Die politische Machtbefestigung der deutschen Bourgeoisie, der ungebrochene Imperialismus der Entente und Amerikas, der sich jetzt in Washington ziemlich geräuschvoll als Weltbeherrscher präsentiert, die Schwäche der proletarischen Revolution in den übrigen westeuropäischen Ländern und das Schicksal Rußlands und der Dritten Internationale haben genügt, um die deutsche Arbeiterklasse wieder dem Reformismus in die Arme zu treiben. Charakteristisch dafür ist die Haltung der drei sozialistischen Parteien. Die Mehrheitssozialisten haben ihr Görlitz erlebt und haben in Konsequenz ihres letzten Parteitages die große Koalition in Preußen mit der Stinnes-Partei zur Tat werden lassen. Die Unabhängigen unterscheiden sich unangenehm von der SPD. nur dadurch, daß sie die von ihnen im stillen grundsätzlich gebilligte SPD.-Politik offen noch nicht ganz mitzumachen wagen. Mit Stinnes gehen sie noch nicht zusammen in eine Regierung, sie unterstützen sie nur durch „loyale Opposition". Und von der KPD. noch viel Worte machen, würde bedeuten, diese Partei der politischen Harlekinaden ernst nehmen. Sie ist eine sozialdemokratische Partei, nur treibt der „Vorwärts" bessere und klügere sozialistische Tagespolitik als die „Rote Fahne". Bei diesem allgemeinen Mattauf um den Reformismus müßte es nicht mit rechten Dingen zugehen, wenn nicht noch in der Union (genau so übrigens wie in der Partei) sich bestimmte Restzerscheinungen bemerkbar machten. Die Besürchtung, von den großen Massen isoliert zu werden, ist psychologisch durchaus verständlich. In dem Zustand des Isoliertseins (vom Reformismus notabene!) tauchen nun allerhand Zweifel und Bedenken auf. Die bisherige Taktik und die programmatische Grundlage, die über jeden Zweifel erhaben war, wird so plötzlich zu einem Problem, Immerweit hierbei die Partei versagt hat, ist eine Frage für sich. Jedenfalls ist es bitter notwendig, alle möglichen Taktikprobleme der Taktik wieder einmal gründlich zu beleuchten. Dazu gehört in erster Reihe die Frage der Lohnkämpfe, der Aktionsausschüsse, das Problem einer künftigen Internationale der Union usw. Ueber alle diese Dinge muß in der jetzigen Phase der Revolution Klarheit geschaffen werden.

Wirtschaftliche Rundschau

Das Gesicht der herrschenden Klasse

I.

Zur Internationalisierung des kapitalistischen Deutschland.

Folgendes Beispiel bietet eine deutsche Illustration zu dem Leitartikel in der letzten Nummer der „AAZ.", in dem erwähnt wurde, wie die ausländische Bourgeoisie die deutschen Industrieunternehmungen aufkauft und das deutsche Proletariat zum Lohnsklaven der ganzen Welt macht. Der „Berliner Börsenkurier" berichtet unter dem Titel: Ueberschwemmung der deutschen Schuhindustrie durch Amerika: Amerikanischen Zeitungen zufolge beabsichtigen eine Anzahl amerikanischer Gerbereien, in Deutschland gelegene Gerberei-betriebe und Schuhfabriken aufzukaufen. Der Deutsche Handelsdienst meldet, daß man dann diese Betriebe mit amerikanischen Maschinen versehen, die Anfertigung der Fertigware in Deutschland vornehmen lassen will, um auf diese Weise durch Produzierung in einem valutaschwachen Lande hohe Gewinne zu erzielen. Die fertigen Schuhe sollen alsdann, wieder nach Amerika zurückexportiert werden und dort zum Verkauf gelangen."

Das letztere ist selbstverständlich, denn die große Masse der Bevölkerung in Deutschland kann sich nicht einmal Stiefel aus billigem deutschem Leder kaufen, geschweige denn das Importieren aus hochvalutarischen Ländern. Wenn aber, trotz doppelter Frachtspesen — als Rohleder nach Deutschland, als Fertigware zurück nach Amerika — die Stiefel in Amerika noch billiger abzusetzen sind, als wäre das Leder gleich drüben verarbeitet worden, so zeigt das bis auf den Pfennig genau, auf welch tiefes Lebensniveau sich der deutsche Proletarier herunterdrücken läßt!

II.

Die Kreditaktion der deutschen Industrie.

„. . . Nichts konnte die Situation so wirksam verschärfen, wie die jüngsten Entschließungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie . . . Manche Männer haben eine Art, ihre eigenen geschäftlichen Wünsche und Interessen wie selbstverständlich als Angelegenheiten des Gemeinwohls hinzustellen, daß die Mentalität dieses Egoismus gelegentlich wirklich staunenswert wirkt; es ist die Umkehr aller Begriffe, sie beunruhigen nicht sich mit dem Staat, sondern der Staat mit sich . . ."

(Bis auf diesen Satz, der feinerseits die Begriffe verkehrt, denn natürlich mit vollem Recht identifiziert die Schwerindustrie den Staat mit sich, sie betont ihn so, ist so ziemlich alles sehr richtig gesehen; ebenso das folgende, das wir gleichfalls der „Frankfurter Ztg." vom 17. 11. entnehmen:)

„Der Verbacht drängt sich auf, daß manche besonders Geschäftstüchtige glauben könnten, hier eine glänzende Gelegenheit erspäht zu haben, um in der allgemeinen Verwirrung das Wertvollste aus der Kreditaktion billig an sich zu bringen. Uns hingegen drängt sich bei diesen Worten der Verdacht auf, daß das sonst selbst recht geschäftstüchtige Bankdirektorial-Syndikat, von dem noch geschäftstüchtigeren Industriesyndikat bei einer glänzenden Gelegenheit übers Ohr gehauen zu werden.

Schera, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung

spricht aber aus der Betrachtung, die eine der führenden Blätter der Schwerindustrie, die „Essener Bergwerkszeitung", unter dem Titel der „Liquidation" der Industrie anstellt. Unter dem Titel „Zeitwende" heißt es da:

„Der sozialistische Gedanke hat sich in allen möglichen Formen in den letzten Jahrzehnten entwickelt Wenn, und zwar mit zunehmender Stärke. In der Zwangswirtschaft der Kriegszeiten und der Nachkriegszeit hat er schließlich sich verwirklicht. Die Bedingungen des Erfurter Programms sind erfüllt, soweit sie überhaupt realisierbar waren und nicht lediglich Agitationszwecken dienten. Noch heute mag unzweifelhaft der Sozialismus, aber es geht ein Schaudern durch das Volk, das gerade die Besten in allen Schichten stark empfinden: nach Befreiung von der allzu großen öffentlichen Bevormundung, nach größerem Spielraum für die freie Betätigung des tüchtigen einzelnen. Der einzelne wird heute mit Gewalt auf das Niveau der Masse herabgedrückt. Gleichmacherei ist die Parole. Darunter leidet die Leistung, und es ist auch kein Wunder, daß heute Eisenbahnen betrieben werden. In dieser Stickluft nicht entwickeln können. Ungerechte und überspannte Steuern erstiken einen gesunden Erwerbs- und Spartrieb. Die Reaktion auf alles dies kann nicht ausbleiben. Nur Rückkehr zum Individualismus, Loslösung aus sozialistischen Zwangsvorstellungen kann Hilfe bringen. Als symptomatisch für diese Lage kann die Forderung der Industrie nach Entschädigung der Eisenbahnen betrachtet werden. Sie begegnet bezeichnenderweise Entrüstung in den Kreisen der Anhänger des Alten, weil diese die Zeichen der Zeit nicht verstehen und wähnen, das sozialistische Zeitalter werde erst noch beginnen, während es in Wirklichkeit bereits vorüber ist."

Nun, wenn das, was wir in den letzten Jahren erlebten, Sozialismus war, noch dazu auf seinem Höhepunkt, dann ist wirklich nicht zu begreifen, warum die Herren der Schwerindustrie so sehr gegen ihn eingenommen sind — ihnen ist es doch geradezu glänzend dabei gegangen (wir erinnern nur an den „blendend schönen" Phönix-Abschluß, den diese selbe Zeitung kürzlich feierte). Dieses Wehklagen scheint also nur ein schlechter Scherz zu sein; wie eine Satire wirkt die Behauptung, daß das sozialistische Zeitalter bereits vorüber ist; Ironie oder vielmehr krasser Hohn liegt e. a. in den Worten von den ungerechten Steuern, die einen gesunden Erwerbstrieb ersticken, die tiefere Bedeutung aber vor allem in der Tatsache, daß diese Herrschaften offenbar gar nicht ahnen, welch weitreichende Kluft sie vom Leben und Denken des Proletariats trennt!

Keine Ironie, sondern bewußter Schwindel

aber ist, wenn die „Rote Fahne" in Uebereinstimmung mit der ganzen Linkspartei kategorisch die „Erfassung der Sachwerte" fordert. Sogar die „Kosf. Ztg." hat diese Methode ganz richtig erkannt, wenn sie schreibt, die SPD. beabsichtige offenbar, durch neutrale Forderungen größere Aktionsmassen hinter sich zu bringen. Und wenn man weiter liest, was der deutsche Reichskanzler bei feierlichem Empfang der Vertreter Sowjetrußlands gesagt hat, nämlich, daß er die Förderung der guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland als eine seiner ersten Aufgaben betrachte, so gibt es weder innen- noch außenpolitisch einen Grund für die KPD., nicht ihre volle Sympathie den Ministerium Wirth und dem schwarz-rot-goldenen Deutschland auszusprechen. Ob sie in dieser Harmonie um eigentlich rechts oder links von den Mehrheitssozialisten steht, muß noch erst ausgerechnet werden.

Der neue Kurs in Rußland

Die Schnsucht nach dem Stinnestraft.

„Die Frankfurter Ztg." hat jetzt einen ständigen Vertreter in Sowjetrußland, der über Feiern bei der Einweihung von der russischen Lokomotivindustrie gelieferten Lokomotiven und von neuen bedeutenden Zuständen seitens der Vertreter der deutschen und der russischen Regierung Ausführliches zu berichten weiß. Ueber die jetzige Phase der Wirtschaftspolitik erzählt der Korrespondent, dem offenbar manche Quellen zugänglich sind, folgendes:

„Das Prinzip der Privatwirtschaft ist einschränkungen. Es dringt nach allen Seiten zum Durchbruch. Man erhofft hier vielfach von dem ebenfalls grundsätzlich gelobenden und zugelassenen westlichen Kapital der Industrie in den sogenannten Trusts. Es handelt sich dabei um den Zusammenschluß von Fabriken, die in ihrer Produktion voneinander abhängen . . . Das ferne Ideal soll auf diesem Umwege erreicht werden. Aber wenn man sieht, mit welcher Eurythmie Lenin jegliche pure Ideologie auftritt, dann muß man sich auch sagen, daß der Umweg kein Rückweg mehr sein kann."

Der Vertrustungsprozeß der neuen privatkapitalistischen Unternehmungen Rußlands als die neue Hoffnung — das spricht Bände! Daß die neue Form der Trusts vor allem einmal eine Stärkung der Machtposition des Kapitalismus bedeutet, zeigt das Beispiel Deutschlands. Und mit der Bemerkung, daß der Kurs Lenins kein Zurück zum Kommunismus mehr finden wird, dürfte es auch seine Richtigkeit haben.

Es ist ein Beispiel von interessanter Gleichzeitigkeit, daß die monarchistische Koalitionsregierung in Dänemark im letzten Augenblick (wie die Kopenhagener Blätter melden) in einem Memorandum über die wirtschaftliche Krise Beschleunigung der bisher nur sehr wenig fortgeschrittenen Kartellierung beziehungsweise Fusionierung innerhalb der dänischen Industrie vorschlagen.

Eintgegen der russischen Worte an der Spandauer Wiese.

London, 15. November. Der russische Vorschlag einer Anerkennung der zaristischen Vorkriegsschulden, hat in den Finanzkreisen der City großen Eindruck gemacht. Der Markt der russischen Werte, der seit langer Zeit lahlag auf seinem Tiefstand verharrte, hat sich prompt belebt. Also zwar haben sich nicht nur die Staatspapiere, deren Anerkennung die Sowjets ausversichen, bedeutend gehoben, die optimistische Tendenz hat sich auch auf andere Werte erstreckt. Diese Tatsache beweist, daß in den Londoner Finanz- und Industriekreisen die Meinung vorherrscht, wir näherten uns langsam aber sicher dem Ende der russischen Krise und der Vorschlag der Anerkennung der zaristischen Schuld stelle einen bedeutschlichen Fortschritt in der gewünschten Richtung dar.

Aus der Internationale

Vor der Konferenz der linken Kommunisten Bulgariens

Aus der „Iskra" entnehmen wir:

In der ersten Nummer der „Iskra" vor einem Jahre schrieben wir: „Als geistiges Organ der linken Kommunisten innerhalb der Kommunistischen Partei Bulgariens (Tesniaki) stellt sich die „Iskra" die Aufgabe, den Kampf gegen opportunistische und reformistische Tendenzen innerhalb der Partei, insbesondere den Kampf gegen die revolutionäre Ausnützung des Parlamentarismus" zu führen, die Partei aus dem gegenwärtigen Zustand der Apathie und hilflosen Unentschlossenheit herauszurütteln und durch den Druck der revolutionären Elemente der Arbeiter innerhalb der Partei auf die Führer den Weg zur energischen Massenaktion anzugeben.

„Der Kampf, der von den „Iskra" ausgeschlossenen Partei geführt wurde, erfuhr einen Wiederhall und den Beifall der in der Partei organisierten Arbeiter. Jedoch gelang es nicht, die Partei als solche aus ihrer Passivität zu zerreißen. Im Gegenteil, die Kommunistische Partei Bulgariens bewies in einer Reihe von Fällen, z. B. 5. September, Internationaler Jugendtag, am 7. November, dem dritten Jahrestag der russischen proletarischen Revolution, 15. Januar, am zweiten Jahrestag der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, daß sie, ausnahmslos die Befehle von oben der befolgend, „friedliche und legale Aktionen" durchzuführen versuchte, ihre ganze Unfähigkeit als revolutionäre Kampforganisation des bulgarischen Proletariats. Während dieses Jahres wurde die kommunistische Bewegung Bulgariens dank der Tätigkeit der offiziellen kommunistischen Partei noch mehr in den Kampf gezogen. Unsere Bewegung ist einer täglichen Unterdrückung und beschämenden Demütigung seitens der herrschenden Reaktion ausgesetzt. Die lohenden Flammen des von der Reaktion am 24. Mai in Brand gesteckten — Die Red.) Volkshauses von Sofia beleuchteten grell die ganze Fäulnis der kleinbürgerlichen, spießerischen und kleinbäuerischen Partei der Tesniaki. Diese Partei, entsprechend ihrer Struktur, Organisation, Ideologie, Führung und ihrem Bestand, ist für die bulgarische Revolution verloren. Sie ist eine von den reaktionärsten Kräften, die sich dem Proletariat auf seinem Wege des kommunistischen Befreiungskampfes in den Weg stellen. Diese Erkenntnis ist schmerzlich für uns alle, die jahrelang in dieser Partei lebten, sich für sie aufopferten und für sie kämpften. Aber diese Erkenntnis wird immer mehr zum Besitz aller denkenden Arbeiter. In der Partei der Tesniaki brechen kürzlich Revolutionen aus, in Pernik, Burgas, Varna, Sliven, Pasardschik usw. (die wichtigsten Industrie- und Hafenstädte Bulgariens. Die Red.), die bewußtsein den Zersetzungsprozeß charakterisieren, der innerhalb der Partei zu dem katastrophalen Ende des Generalstreiks der Transportarbeiter Anfang 1920 anfetzte. Die Parteibureaukratie nimmt, um ihre Herrschaft zu sichern, zur brutalen Verfolgung und Ausschluß kämpfender Arbeiter ihre Zuflucht, womit sich die Krisis in der Partei nur vertieft. Hunderte revolutionärer Arbeiter sind schon aus der Partei verbannt, „wegen Disziplinbruch ausgeschlossen". Tausende verlassen freiwillig die Partei, entmutigt, verzweifelt über die Aktionslosigkeit und den Kleinmut, angeekelt von Karrierismus und Korruption, die sich in der Partei immer mehr breitmachen.

Diese objektive Entwicklung stellt uns linke Kommunisten vor neue Aufgaben. Wir können uns nicht mehr mit Kritik der Fehler der Kommunistischen Partei Bulgariens begnügen. Der Kampf in ihr muß bis zum letzten Ende geführt werden. Aber jene revolutionären Kommunisten, die außerhalb der Partei stehen, müssen sich in einer neuen, allgemeinen Organisation mit neuen, selbständigen und praktischen Aufgaben vereinen. Die Kommunistische Partei Bulgariens entbehrt jeder Initiative, ihr fehlt jeder Wille und Können zur Aktion, jeder Geist. Als politische Organisation des „revolutionären Proletariats", wie sie sich selbst vor zwei Jahren auf ihrem Kongreß zu empfehlen beliebte, hat sie durch nichts ihre Existenzberechtigung bewiesen. Sie ist durch die Geschichte selbst zur Zersetzung verurteilt.

Und solange dieser unvermeidliche Prozeß andauert, muß eine neue Organisation des revolutionären Proletariats geschaffen werden, die alle nur wirklichen kommunistischen Kämpfer in sich vereinigen soll. Dies wird die bulgarische Kommunistische Arbeiterpartei sein, die sich zur alleinigen Aufgabe stellen wird, die proletarische Avantgarde der proletarischen Revolution auf dem Balkan zu sein, das Selbstbewußtsein der schaffenden Massen zu fördern und sie zum aufopfernden Kampfe zu führen, zur Eroberung der politischen Gewalt durch das Proletariat. Die Orientalische Arbeiterkommunistische Organisation soll auf unserer nächsten Konferenz aufgelöst werden. Sie muß geschaffen werden in neuer Form und neuem System, in einem neuen Geist und mit neuen Kampfmethoden. Wir müssen alle Vorbereitungsmaßnahmen treffen, um in ihr jede Möglichkeit eines Parteibureaukratismus und Karrierismus im Keime zu ersticken. Nur der Wille der Mehrheit der Mitglieder wird die Diktatur ausüben. Sie muß lebendig sein, aktiv, elastisch, tätig im Kontakt mit der breiten Masse, jederzeit bereit zur Offensive, in der wird die revolutionäre proletarische Diktatur herrschen. Unberechtigt dürfen wir intellektuellen Personenkult keinen Platz lassen. In ihren Aktionen wird die Partei sich nicht vom gebräuchlichen Leichtsinn und Unüberlegtheit leiten lassen. Sie muß vor allem in die Massen hinein, muß ihr Vertrauen und Einfluß auf sie als Vortrupp des Proletariats gewinnen. Sie muß organisiert in ihren Aktionen handeln und gerade auf ihr Ziel lossteuern, die Massen in Bewegung zu bringen, sie in den proletarischen Kampf hineinzieben unter klaren, bestimmten revolutionären Parolen. Nur solch eine Organisation kann die Organisation des revolutionären Proletariats sein, die erfolgreich ihre Aufgaben erfüllen kann. Unsere Gründungskonferenz wird diese Organisation zu schaffen berufen. Auf dieser Konferenz werden sich finden Kommunisten Bulgariens auf der einzigen proletarisch-revolutionären Grundlage, auf den marxistischen Kommunismus stellen. Von der Wichtigkeit unserer Aufgabe überzeugt, treten wir mit dem größten Verantwortungsgefühl gegenüber dem bulgarischen Proletariat und der Revolution an unsere neuen Aufgaben heran.

Genossen!

Sammelt für den Pressefonds.

Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 49028.

Mitteilungen

Allgemeine Mitgliederversammlung am Sonntag, den 20. November, vormittags 10½ Uhr in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 73. Da sehr wichtige Angelegenheiten, ist das Erscheinen aller Mitglieder unbedingt notwendig.

16. Bezirk. Am Mittwoch, den 23. November 1921, findet eine Mitgliederversammlung in Lichtenberg, Parkaue (Schulaula).

17. Bezirk. Am Mittwoch, den 23. November, abends 6½ Uhr in Copenick, Kaiser-Wilhelm-Str. 25, Restaurant Kupke (Sängersaal) Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Warnung.

Vor einem Karl Reichardt, der angeblich Aktionsausschuß ist, russisch, englisch und deutsch spricht, wird hiermit gewarnt. Derselbe legt Heimkehrern auf obigen Namen aus Deutsch-Wilhelmsland Collisionen vor. Er geht darauf aus, die Gutgläubigkeit der Genossen durch Versprechungen zu belohnen. Große heilige Versprechungen, und hinter erschlichenen Heer, Preisen, roten, silbernen Geldstücken Trug zur Zeit englische Tresorschlüssel. Wir ersuchen die Genossen in Berlin, diesen Schmarotzer, wo er auftaucht, alle Kameraden zu nennen. In seinem Schlepptau ist ein Kurt Arb. Arb. Union Aktionsausschuß, geg. Noverk, und ein Magnetic der KPD. Ortsgruppe Gesche.

Verantwortlicher Redakteur: J. Stern, Berlin — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Reiser, Berlin, Alexanderstraße 110.

Nr. 249 Preis 50 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags

Postscheckk. für Berlin: Berlin NW 7 Nr. 49028; für auswärts: Berlin NW 7 Nr. 106009. — Versand unter Streifband: für Berlin 3,50, nach auswärts 6,—, nach dem Ausland 9,— monatlich

Proletarier!

Seid ihr Tollköpfe? Soll das Spiel so weitergehen? Wollt ihr langsam verrecken wie die Hunde?

Proletarier! Seit Jahren schleppen wir uns mühsam von einem Tage zum anderen. Die bitterste Not ist unser Begleiter. Die schwerste Arbeit ist unser Los. Der frühzeitige Tod ist unsere Zukunft. Unser Leben ist die Hölle!

Wir wollen nicht mehr!

Grausam und gründlich lehrt uns die Bourgeoisie, was es heißt, Proletarier zu sein. Grausam und gründlich zwingt uns die Bourgeoisie zum Kampf, zum Widerstand, zum Angriff. Wir wollen ihr eine ebenso grausame und gründliche Antwort geben!

Unser Feind ist das Privateigentum!

Das Privateigentum ist die Macht der Bourgeoisie. Das Privateigentum ist die Ursache unserer Ausbeutung unseres Elends und unserer Unterdrückung. Das Privateigentum ist die Quelle all unserer Not!

Unser Klassenziel ist das proletarische Gemeineigentum!

Um dieses Ziel müssen wir den Kampf aufnehmen und auf Leben oder Tod zu Ende führen. Ums Ganze müssen wir kämpfen. Kein Schachern und Betteln um ein Stück Privateigentum! Kein Verhandeln mehr! Keine Worte mehr, sondern die bestreiende Tat der proletarischen Revolution!

Es gibt keinen Ausweg als den Kampf um die Macht!

Was nützt uns dieser oder jener Kampf um winzige Lohnerhöhung, welche die Bourgeoisie jederzeit durch entsprechende Preissteigerung zu revidieren vermag. Alles Geschwätz in den Parlamenten und Arbeitsgemeinschaften ist Zeitverschwendung und Betrug. Es ist höchste, allerhöchste Zeit, daß das Wort zur Tat, die Tat zur Gewalt werde!

Zerschlagt alles, was euch im Wege steht!

Jagt eure Parlamentssessen aus dem Tempel der Bourgeoisie! Zerbrecht alle Bündnisse mit der Bourgeoisie! Zertrümmert die Gewerkschaften und den bürgerlichen Staat, die demokratische Zuchthausrepublik!

Durchbrecht das Gesetz des kapitalistischen Privateigentums!

Schließt euch in den Betrieben und Arbeitsnachweisen in revolutionären Aktionsausschüssen als proletarische Klasse zusammen! Schafft die Einheitsfront der proletarischen Klasse im Kampfe um die politische Macht! Errichtet den Rätestaat des revolutionären Proletariats. Handelt nach dem Gesetz des proletarischen Gemeineigentums! Es geht um Leben oder Tod. Das Ende des Privateigentums ist der Tod der Bourgeoisie!

Der Tod der Bourgeoisie ist das Leben des Proletariats!

Auf zum letzten Gefecht! Kommunisten vor die Front!

Es lebe die Diktatur des Proletariats!

Es lebe die Weltrevolution!

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands. Allgemeine Arbeiter-Union.
Kommun. Arbeiter-Jugend. Aktionsausschüsse der Erwerbslosen Groß-Berlins.

Hungerstreik in Tegel

Berlin, 22. November. Ueber hundert politische Gefangene, Schutzhaftgefangene aus Mittelmitteldeutschland, sind in der Strafanstalt Tegel infolge der unerträglichen Leiden ihrer langmonatigen Einkerkerung heute morgen geschlossen in den Hungerstreik getreten.

Hungerstreik auch in Rangard

Die Strafgefangenen der Strafanstalt Rangard sind aus Solidarität mit ihren Lichtenburger Genossen in den Hungerstreik getreten.

Hungerstreik in Wittenberg

Wittenberg, 21. November. Am Sonnabend vormittag sind die politischen Gefangenen der Strafanstalt Brückenkopfsfestung Wittenberg in Hungerstreik getreten und verweigern jede Nahrungsaufnahme, bis sie ihre Freiheit wiedererlangt haben und damit die Möglichkeit, für ihre hungernden Familien zu sorgen. Ihre Parole ist Freiheit oder Tod. Sie fordern die Arbeiterschaft auf, sie in ihrem Kampfe zu unterstützen.

Die deutsche Arbeiterschaft hat bis jetzt die einfachsten Grundbegriffe der Solidarität noch nicht begriffen. Während die Leben ihrer Vorkämpfer entschlossen sind, ihren Leben ein Ende zu machen, um selbst dadurch noch gegen die demokratische Ordnung zu demonstrieren, treten die arbeitenden Proletarier nach Feierabend zusammen und dulden in der Seelenruhe eine „Delegation", die zu den Henkern gehen soll, zu jenen Hörsing, Severing, Stegerwald und Winnig, zu jenem Noske, die sich rühmten, in Mitteldeutschland Verbrecher unschädlich gemacht zu haben — im Interesse der Menschheit. Diese Schufte, die heute wieder im Namen der „Menschlichkeit" — man lese das Schreiben der famosen „Gewerkschaftskommission" — erklären, daß dies eine politische Angelegenheit ist, und somit Sache der politischen Parteien wäre.

Während die zur Verzweiflung getriebenen Genossen in den Zuchthäusern zusammensinken, wagt es die famose KPD. diese Genossen folgendermaßen zu verhöhnen:

„Angesichts der durch den Hungerstreik der Lichtenburger Genossen verursachten Erregung der Arbeiterschaft und dem Verlangen der Arbeiter nach einer gemeinsamen Front des Proletariats, hielt es die Kommunistische Partei für ihre Pflicht, dem sozialdemokratischen Protest gegen die Schandtaten der Klassenjustiz durch eine gemeinsame Kundgebung wirksamen Ausdruck zu verleihen. Sie wandte sich deshalb an die Berliner Organisation der USP. mit der Aufforderung, am Mittwoch oder Donnerstag einen halbstündigen Streik und eine gemeinsame Demonstration zu veranstalten."

Nachdem man schon mit den Deutschnationalen in der Kommission eine „Einheitsfront" gebildet hat zur Spaltung und Auseinanderreißung der Hungernden, nachdem man ihnen „Mut" zugesetzt hat, ist ein solch schamloser Verrat nicht verzeihlich.

Den deutschen Proletariern jedoch sei gesagt: die erste proletarische Pflicht ist, die Arbeit niederzulegen. Mit Geschwätz und Resolutionen ist niemandem geholfen, am wenigsten denen, die dem Tode nahe sind.

Das Bekenntnis zur Hilfe der Gefangenen in den Zuchthäusern kann nur einen Sinn haben, wenn der Wille des Gesamtproletariats lebendig wird, die Grundlagen des kapitalistischen Staates mit seiner Hure Justiz gewaltsam über den Haufen zu werfen, wenn der Ruf zur Tat wird:

Nieder mit der demokratischen Republik und ihren Henkern!

Es lebe die proletarische Diktatur!

Kreditkilfe, Eisenbahnen und Stinnes

Damit man sich auskennt, muß man erst einmal wissen, daß die verschiedenen Aktionen aufgäßen, die nebeneinander herlaufen. Da ist also erstens das „Angebot" des Reichsverbandes der deutschen Industrie, den ausländischen Kredit der Industrie dem Reich zu Zwecken der Reparation zur Verfügung zu stellen. Der Beschluß dazu wurde in München gefaßt, zunächst ohne Bedingungen und ohne daß Zahlen genannt wurden. Unverbindlich wurde zuerst von 1,5—2 Milliarden, später nur noch von 1 Milliarde Goldmark gesprochen. (NB. Bis zum 15. April 1922 hat das Reich in Gold oder ausländischen guten Zahlungsmitteln und Wechseln 800 Millionen, also schon beinahe eine Milliarde Goldmark zu zahlen.)

Dann kam der zweite Akt: schriftlich und mündlich, unter Führung von Stinnes, stellte der Reichsverband seine Bedingungen: es müsse dafür gesorgt werden, daß man nicht in ein Sieb schöpfe; das könne nur dadurch geschehen, daß die Reichsbetriebe, die immer wieder Fehlbeträge verursachten, also vor allem Eisenbahn und Post, in Privathand übergingen.

Dann kamen die hübschen Pleitezahlen des Finanzministers Hermes und die Steuervorlagen, die natürlich bei aller Unverschämtheit diese Pleitezahlen nicht decken konnten. Die Sozialdemokratie, welche bei der Reise zum Zug, fuhr von Paris nach Berlin, überzeugte sich, wie sie verlautet ließ, davon, daß die deutsche Regierung ihre Steuerpresse nicht forgfältig genug arbeiten lasse, ließ angeblich durchblicken, daß natürlich der Reichsbesitz Pfand für die Entente sei und deshalb nicht an die Privatindustrie verschoben werden dürfe, und verschwand wieder, nachdem sie sich hatte versprechen lassen, daß die braven Buben der Wirthregierung ihre Steuer-Aufgabenhefte künftig etwas sorgfältiger führen würden.

Die verschiedenen höchsten und allerhöchsten Gewerkschaftsspitzen hatten den Eisenbahnapfel des Stinnes mit einem fürchterlichen Chorgeheul beantwortet und hatten damit die Nein-Arie des lyrischen Tenor Wirth unterstützt und fast überdröhnt. Auf diese hochdramatische Szene ist rasch das Geflüster des Vertrauensmännerrates gefolgt: in der Reichsarbeitsgemeinschaft, im obersten Geheimkabinett des deutschen Sklavenbahnhofsaufsehers Ebert, Stinnes, Wirth u. Co. wird verhandelt über die Bedingungen, unter denen der gewerkschaftlich gebändigten Sklavenmasse und dem Kleinvieh — Pardon: dem Kleinbürgertum die Privatisierung der Eisenbahnen schmackhaft gemacht werden soll. Man ist schon so weit, daß bürgerliche Zeitungen von der Säuberung der Reichsbetriebe sprechen und von einem „Exekutiv-Komitee" der Industriellen, Bankiers und Gewerkschaftsbonzen. Wir wissen, was „Säuberung" heißt: Hungerpeitsche für die unbeamteten Sklaven. Und das Wort „Exekutiv-Komitee" hat man offenbar mit bewußtem Hohn aus dem kommunistischen Sprachschatz entnommen.

Als die Reparationskommission nach Paris zurückfuhr, fuhr auch Herr Stinnes weg; aber nach London. Es hieß zuerst, sein Hunger nach den Eisenbahnen sei vorläufig zurückgestellt worden. Aber das stimmt nicht. Wirth hat am Dienstag eine Rede gehalten im Steuerausschuß des Reichstags, und er hat dort zwar nicht viel, aber immerhin das eine Positive gesagt:

„Ich weiß, daß die Industrie ihre Bedingungen und Voraussetzungen auch heute nicht fallen gelassen hat; im Gegenteil, sie sind wiederholt worden."

Und sinnt er darauf etwa die alte Nein-Arie noch immer? Ach nein, er ist schon viel zahmer geworden. Jetzt heißt es:

„Es ist ganz klar, daß die Bedingungen, die die deutsche Industrie für die Kreditaktion aufgestellt hat, die Kurzfassung des schwierigen Problems bedeuten. Sie etwa über abgutun mit der Bemerkung: das sind politische Unmöglichkeiten, darauf können wir nicht eingehen — damit sind diese Probleme nicht erledigt."

Gewiß, mit dem schämigen „Nicht doch!" des kleinen Mädchens sind die Probleme des drängenden Don Juan nicht erledigt — aber doch prinzipiell erledigt, nämlich so gut wie mit einem gehauchten „Ja!" Und Herr Stinnes versteht zu werben; er ist nicht für die platonische Liebe.

Im übrigen hat der Wirth nicht viel gesagt, konnte auch wohl nicht, denn die Rechnung wird diesmal ohne ihn gemacht, und er hat nicht viel zu sagen. Seine akademische Rede über den Kredit, den die Reichsregierung auf jeden Fall, ob mit oder ohne Hilfe der Industrie, aufnehmen wolle, und der weiter ausgeführt sein

bürse, doch langfristig sein könne, sondern so legend man darüber hinwegsehen, ist ohne erhebliches Interesse.

Inzwischen verhandelt Stinnes in London. Und da mit kommen wir zum Kern der Sache. Was in Wahrheit sich abspielt, ist ein Wettlauf verschiedener Entwicklungen, den wir versuchen wollen darzustellen.

Erstens: die Entwicklung des englisch-französischen (und amerikanischen) Wettbewerbs um den Besitz der Sachwerte der deutschen Wirtschaft. Die Engländer arbeiten mit Stinnes und sind im Vorsprung. Ihnen liegt an den bereiten deutschen Sinnen. Es ist nicht mehr, ihnen liegt mehr daran, den Franzosen die „Bünder" unter der Hand wegzuverschieben und sie als Privateigentum zusammen mit Stinnes nutzbringend auszubeuten; natürlich wird ihr Vertreter in der Reparationskommission nicht so dumm sein, das offen merken zu lassen. Vielleicht wird Stinnes mit ihnen etwas Aehnliches abschließen, wie Rathenaus Wiesbadener Abkommen mit Loucheur war. Und wenn in der Presse von Fordistoffen die Rede war, so kann das ganz gut begründet sein: Auch die Franzosen haben ihr Auge auf dieses Objekt gemorfen und suchten zunächst einmal mit der Drohung in der Luft herum, die deutsche chemische Industrie müsse überhaupt zum größten Teil zwangsweise vernichtet werden, weil sie Frankreich dauernd mit geheimnisvollen Gasen und Sprengstoffen bedrohe. (NB.: ein Punkt, über den noch einmal besonders zu reden wäre.) Daher liegt der Gedanke nahe, da Stinnes unter anderm versuchen wird, das englische Kapital stärker an dieser Industrie zu interessieren, die ja um z. B. auch seinen Leer abhaut.

Die zweite Entwicklung ist das Fallen der deutschen Mark — das jetzt für kurze Zeit aufgehalten ist — und das Steigen der ausländischen Rohstoffpreise. Dieser Prozeß drohte eine Zeitlang schneller zu laufen als der der Internationalisierung der deutschen Wirtschaft; das bedeutet eine Gefahr für Stinnes und seine englischen Freunde; denn es muß, wie ja auch eben erst das Reichswirtschaftsministerium erklärt hat, bald zu einem Krach führen, zu einer großen Stockung der deutschen Produktion mangels ausländischer Rohstoffe. Vermutlich ist aber weder Stinnes' Herrschaftsmacht im Augenblick schon stark genug, noch die Internationalisierung schon weit genug fortgeschritten, noch schließlich der Lohnabbau in England genügend durchgeführt, als daß dieser Krach nicht vorläufig noch Gefahren für diese englisch-stinnesische Großmacht mit sich bringen könnte. So sucht man also Zeit zu gewinnen.

Der dritte Prozeß, der mit den anderen um die Wette läuft, ist die Teuerung und damit die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft. Und demgegenüber heißt es für die Kapitalsgewalt noch einmal vor allen Dingen: Zeit gewinnen. Daher hat man plötzlich große Eile, das neue Tarifgesetz durchzudrängen. Hier sind wieder einmal die Interessen der Gewerkschaftsbürokratie mit denen des Großkapitals identisch: den Bonzen liegt daran, daß dieses Gesetz noch fertig wird, solange sie nicht die am Horizont drohende und winkende alleinige Regierungsverantwortlichkeit auf den Schultern haben. Sie werden etwas Opposition machen, einiges „verbessern", die Bereinbarungen für „allgemeinverbindlich" erklären usw. Aber die Koalition schieben — und nachdem glücklich sein, mit dem Gesetz regieren zu können.

Denn in der Tat: wenn die Entwicklung der Teuerung und der Unzufriedenheit der Massen schneller läuft als die anderen Teile des gesamten Prozesses, so sieht als letztes Mittel, die Bewegung abzufangen, die Regierung für „alle" Bevölkerungsschichten, die Regierung der Arbeitsgemeinschaft vor: als die Unabhängigen gegen Rabbruch vom Leder zogen, warf ihnen der „Vorwärts" einen Brocken hin: Wenn ihr den Rabbruch haben wollt, so steht ihn, und wenn ihr den Rücktritt des Kabinetts Wirth wollt, so könnt ihr auch das haben. Die KPD. aber ist durch einen Brief Radeks vom 7. November und durch eine Rede Klara Zetkins ganz auf dies Ziel eingestellt, und sie hat sich mit ihrem „Erfüllungs"eifer ja auch den Entente-Kapitalisten, schließlich nicht weniger warm empfohlen wie den deutschen „Erfüllungs"-Gewinnlern selbst. Und daß die „Erfassung der Sachwerte" nebst Kontrolle der Produktion eine Aktion des proletarischen Klassenkampfes sei, mögen die blutigen Leien der KPD. vielleicht glauben, aber es ist ihnen im Grunde Wurscht, wenn es sich schließlich als der Schwindel herausstellt, der es ist.

Am 15. Januar muß gezahlt werden. Wie der Wettlauf der Entwicklungsfaktoren bis dahin ausgelassen ist, kann man heute nicht wissen. Wenn alles gut geht, werden sich alle Verbedingungen für eine völlige Katastrophe der deutschen Bourgeoisie entwickelt haben — aber ohne daß das Proletariat etwas davon hat, weil es sich noch von konterrevolutionären Parlamentsparteien und Gewerkschaften gängeln läßt.

Groß-Berlin

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

am **Dienstag, den 29. November 1921,** abends 1/27 Uhr in der

Königsbank, Gr. Frankfurter Str. 117

Nähe Andreasstraße

Sehr wichtige Tagesordnung!

Die Bezirksversammlungen fallen an diesem Tage aus.

Jedes Mitglied muß erscheinen!

Mitgliedskarte legitimiert.

Washington und die Arbeiterklasse

I.

Der Schwerpunkt der imperialistischen Politik hat sich verschoben. Ehedem lag er in Europa. Man denke an den Berliner Kongreß, der im Jahre 1878 unter Bismarcks Vorsitz vonstatten ging. Damals standen freilich in der Hauptsache europäische Probleme zur Debatte. Denn Amerika war zu jener Zeit das Land der Zukunft, in dem neben der jedem europäischen Schuljungen geläufigen Wildwest-Romantik auch bereits das Märchenreich der Oeltönige und Eisenbahnmagnaten, das Gebiet der großen Erfinder und Ingenieure die Aufmerksamkeit der ganzen Welt zu erregen begann. Aber dies alles war erst Entwicklung. Es gab noch keinen amerikanischen Imperialismus. Inzwischen ist alles anders geworden. Das Bürgertum spricht bei uns ganz ernsthaft vom „Untergang des Abendlandes". Europa — notabene das bürgerliche, also das gewerkschaftliche einbegriffen — liegt wie geblendet nach dem Wunderland Amerika, in dem es seine kapitalistische Auferstehung erlebt. Der amerikanische Imperialismus ist heute Trumpf. Es ist der Angelsynkt, um den sich alles dreht. Das stolze Albion sieht sich genötigt, der Einladung von Washington Folge zu leisten und wohl oder übel mit dem angelsächsischen Vetter jenseits des Atlantik eine Verständigung über die Verteilung und Ausbeutung der Welt herbeizuführen. Das englische Weltreich nötigt diesmal auf Schranken, die es nicht mehr durchbrechen kann. Es hat ausgehört, alleiniger Weltbeherrscher zu sein.

Ueber die Gründe dieser politischen Weltverschiebung ist hier bereits ausführlich gesprochen worden. Es sind natürlich die Verschiebungen innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft, die den politischen Eigenwechsel herauftreffsicherer haben. Der Trümmerhaufen des europäischen Kapitalismus, den der Krieg hinterließ, befindet sich in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht in vollkommener Abhängigkeit von Amerika. Daraus resultiert eben auch eine entsprechende Abhängigkeit auf politischem Gebiet. Der Herr Briand ein rhetorisches Brillantfeuerwerk zum Besten gibt und dem er sich gegen die „Aufrüstung" zu Lande verwahrt, die nie mand verlangt oder Wilter Bassermann Einnebungen erhebt gegen die von den Amerikanern zum Schein vorgeschlagene Rüstungsbeschränkung zur See, spielt seine Rolle. Das ist nur Kulissenarbeit. Auf der eigentlichen Tagesordnung stehen die großen Fragen des Pazifik, das chinesische Problem, überhaupt das Problem des Fernen Ostens, vielleicht auch Sibirien, kurzum: die Weltprobleme, deren „Lösung" angesichts der immer gewaltigeren Konzentration des Kapitals im internationalen Maßstab eine Voraussetzungen für den Fortbestand des Kapitalismus überhaupt bildet. Und hier bestimmt Amerika die große Linie der künftigen Politik. Schon kommt die Meldung vom Ende des englisch-japanischen Bündnisses. Ob sie in dieser Form zutrifft, ist dahingestellt. Sicher ist, daß England seine bisherige Stellung in Ostasien nicht aufrecht erhalten kann. Damit soll nicht etwa gesagt sein, daß der englische Imperialismus zu einer Macht zweiten Grades herabgedrückt wird. Davon kann keine Rede sein. Er hat lediglich aufgehört, die bisher ausschlaggebende Weltmacht zu sein um genauer dem internationalen Vertrustungsprozeß des Kapitals eine politische Annäherung an Washington zu vollziehen." Von nun an wird der anglo-amerikanische Imperialismus der Welt gebieten.

Alle diese Dinge, die doch schließlich nicht ganz unbedeutend sind, gehen vor sich, ohne daß der größte Teil der Arbeiterklasse eigentlich begreift, worum es sich handelt. Die meisten Proletarier verhalten sich völlig leinnahmslos. „Was ist uns Washington?" denken sie. Sie sehen nicht, daß genau wie in Versailles, in London und Spaa auch jetzt wieder über das Schicksal des Weltproletariats verhandelt wird. Sie begreifen nicht, daß der Kapitalismus heute nur noch leben kann, wenn Millionen Proletarier den Hungertod ausgesetzt werden.

Ein anderer Teil des Proletariats interessiert sich wohl für die Washingtoner Konferenz, aber er betrachtet diese Dinge vom Standpunkt des Bürgertums. Diese Arbeiterschichten werden alle je nach der Art, wie die deutsche Bourgeoisie sich zu Washington verhält, das geiteue Echo ihrer Herren und Meister bilden. Es werden entweder Klagelieder darüber anstimmen, daß „Deutschland" auf dieser Weltkonferenz nicht vertreten ist, weil es nur noch als Objekt der anglo-amerikanischen Politik in Frage kommt. Oder sie werden Hoffnungen auf Washington setzen, wie die deutsche Demokratie und die Gewerkschaften, die von der wachsenden Einsicht der anglo-amerikanischen Kapitalistenklasse eine Revision des Versailler Vertrages erwarten.

Und endlich werden auch die revolutionären Proletarier Deutschlands zur Washingtoner Konferenz eine bestimmte Haltung einnehmen. Sie werden sicherlich mit jenen nichts gemein haben die aus allgemeinem politischen Indifferentismus an ihrem eigenen proletarischen Klasseninteresse keinen Anteil nehmen. Sie werden natürlich ebenso wenig mit jenen auf einer Plattform kämpfen wie Washington mit den Hoffnungen oder Befürchtungen des Bürgertums betrachten. Die Stellungnahme der revolutionären Proletarier ist eine von den beiden Richtungen grundsätzlich verschieden. Darüber im nächsten Artikel.

Politische Rundschau

Niedriger hängen!

Die sogenannte KPD. glaubt es einmal wieder für nötig zu halten, sich beim Staatsanwalt zu empfehlen, im Falle der selbe noch nicht — infolge der lächerlichen Rolle, die diese Partei spielt — sich ihr Programm durchgelesen hat, und sich somit von der Ungesetzlichkeit dieser Partei der Hanswurste überzeugt hat. Deshalb hält sie es für nötig, folgende Notiz in ihrer „Rote Fahne" vom Dienstag abend zu veröffentlichen:

> Wie bekannt, revolutionäre Bewegungen oder „Bolschewismen" haben mit derartigen Aktionen nichts gemein. Im Gegenteil, werden von ihnen bekämpft. Wenn es wahr ist, was uns ein arbeitsloser Genosse von der gestrigen Versammlung berichtet, daß dort im Namen der KPD. zum Plündern aufgefordert wurde, dann erklären wir mit allem Nachdruck, daß diese Aufforderung, ob sie mit oder ohne Willen

Sozialistische Bewegungen in der Frühzeit

(Fortsetzung.)

Uns kann hier nur der Teil seiner Werke interessieren, der ihn den Teil eines Vaters des Sozialismus eintrug. Immerhin diese Bezeichnung berechtigt ist, wird sich uns aus der Betrachtung seines Weitengangs ergeben. In seinem Staatsbeal ist der absolute Kommunismus mit schroffster Klassenscheidung und unumschränkter Oligarchie vereinigt. Den athenischen Aristokraten war Handel, Gewerbe und sogar Ackerbau, kurz jede auf Gewinnsucht berechnete Tätigkeit, jede produktive Arbeit eine niedrige Beschäftigung; wer sie ausübte, mußte von der Leitung und der Verteidigung des Gemeinwesens ausgeschlossen sein, gehörte zu einer tiefstehenden Volksschicht. Innerhalb dieser Schichte wollte Platon die allzu großen Unterschiede des Besitzes hintangehalten sehen. Er sagt aber nirgends, welche Vorkehrungen zur Erreichung dieses Zweckes getroffen werden sollen. Er, dem sonst die Erziehung so überaus wichtig ist, widmet der Erziehung der großen Masse des Volkes kein Wort. Trotzdem wäre der Vorwurf, er habe bei der Schilderung seines Staates nur an die Vornehmen gedacht, nicht ganz gerechtfertigt. Geht doch sein ganzes Streben in letzter Linie dahin, in den „Büchern", wie er die herrschende Klasse nennt, die gerechtesten und besten Denker des Staates zu erziehen, die diesen zum Heile des Ganzen regieren sollen. Eine Wohlfahrt des einzelnen, die über das Gedeihen des Gemeinwesens hinausreicht, von diesem getrennt ist, kennt auch Platon nicht. Trotz aller Geistigkeit macht eben seine Zeit auch auf ihn ihre Rechte geltend. So erwähnt er einmal ganz nebenbei, es wäre in seinem Idealstaate verboten, Griechen zu Sklaven zu machen; die Sklaverei Fremder oder Kriegsgefangener dünkt ihn selbstverständlich und über die Institution der Sklaverei als solche weiß er überhaupt kein Wort zu sagen. Von einem auf das ganze Volk ausgedehnten Kommunismus ist bei Platon nirgends die Rede. Die Erinnerung, wenn er seiner herrschenden Klasse jegliches Privateigentum und jede Art von Einzelfamilie verbietet, sind folgende: Erstens würde Eingelsucht Erwerb oder Erhaltung des Vermögens in irgendwelcher Weise bedingen; dieses aber sind nach Platon entwickelnd und demoralisierend; der Wächterstand soll ausschließlich seinen hohen Pflichten leben, zu welchen auch die höchste, ethische Erhebung des eigenen Ich gehört. Zweitens aber, da keine wie immer geartete Kontrolle der Regierten über die Regierenden in einem Staate möglich ist, müssen den Herrschenden durch die strengsten Maßregeln alle die Anlässe von vornherein genommen werden, zu deren Zügelung sonst Verfassungsformen dienen. Die Organisation seiner Wächterklasse schildert er folgendermaßen: Schon die Zeugung der Kinder wird vom Staate überwacht, und zwar in der Weise, daß nur schönen, gesunden und edlen Männern von 30. bis zum 55. Jahre und ebensolchen Frauen vom 20. bis zum 40. Jahre die Zeugung gestattet ist. Nach dem angeführten Alter ist der geschlechtliche Verkehr zwar frei, aber eine gezeugte Kinder werden nicht aufgezogen; ebenso fallen, wie in Sparta, alle nicht vollkommen wohlgestalteten Kinder, auch wenn sie nach dem Gesetze gezeugt wurden, der Vernichtung anheim. Die Kinder werden gleich nach ihrer Geburt von den Eltern getrennt und gemeinschaftlich mit allen anderen Kindern des Wächterstandes als große Geschwisterschar erzogen. Diese Erziehung ist vollkommen dieselbe für beide Geschlechter und legt gleiches Gewicht auf die Entfaltung des Geistes durch Wissenschaft und Musik, in welch letzterer alle anderen Künste mitinbegriffen sind, wie auf die des Körpers durch Gymnastik. Im 20. Lebensjahre erfolgt die Auslese der zu höheren Berufen Geeigneten aus den nur zum Kriegerstand Bestimmten. Nach weiteren zehn Jahren werden die Auserwählten wieder in Beamte und in solche geschieden, die Eignung für die Dialektik besitzen. Fünf Jahre lang wird diese Wissenschaft von den hierzu Bestimmten betrieben; dann nehmen sie bis zum 50. Lebensjahre führende Stellungen im Staate ein. Von da ab erst gestatten sie jede freien Stege der Philosophie an, deren Pflege sie ihr Leben jetzt vorzugsweise widmen, während sie daneben, oben weil zur Regierung unfähig, deren oberste Leitung in Händen haben. Einen Unterschied zwischen den Geschlechtern gibt es auf gar keiner dieser Stufen. Deutlich tritt an uns an Raum, auf die sehr hohen, bis in die kleinsten Einzelheiten mit genauer Kühnheit bei Bedenken und von hohem, ethischen Standpunkte aus gezeichneten Zügen des großen Idealbildes näher eingegangen. Es ist ein gewaltiger Bau, mit einer Fülle, fruchtbarer und weitreichender Ideen gesetzt, aber kein Fundament steht auf einem Grunde, der uns heute nicht mehr zu trugen imstande ist.

Platon hatte geheißt, der jüngere Dionysius von Sizilien werde ihm zur Verwirklichung seines Staatsideals behilflich sein. Als er sich in dieser Erwartung getäuscht sah, schrieb er ein zweites Werk von Staate, die Gesetze, worin er den bestehenden Verhältnissen bedeutend mehr Rechnung trägt. Dieser „weitere" Staat ist ausschließlich Agrarstaat; nur die Freienbesitzer haben das Bürgerrecht, der Handel ist verboten, die Zahl der Bürger ist jetzt auf 5040 festgesetzt, die Freiheit scheint jetzt vor den Augen des stolzen, arbeitsverachtenden Atheners Gnade gefunden zu haben. Der Grund und Boden gehört dem Staate, nur die Nutznießung wird den einzelnen Bürgern überlassen. „Ueber von diesen bekommt mindestens ein, aber nie mehr als vier" [illegible] und Wissen dieser Partei geschah, eine ganz offensichtliche Spitzelarbeit war. Wir warnen alle Arbeiterkreise, sich durch derartige agents provocateur mißbrauchen zu lassen.

Wir raten diesen Subjekten in der Redaktion der „Roten Fahne", einmal Berichte von selbst bürgerlichen Zeitungen über unsere Versammlungen zu lesen, damit sie sich von unserer Stellungnahme, die die Referenten unserer Partei zum Ausdruck brachten, überzeugen können. Wir haben sodann keine Veranlassung, verhungernde Proletarier, die zur Verzweiflung getrieben, sich nehmen, wo in Haufen liegt, zu denunzieren.

Wir erinnern daran, daß die KPD. unsere Genossen Jung usw. durch die bekannte Notiz „Das Narrenschiff der KAP." bemüht dem Staatsanwalt denunzierte. Wir erinnern ferner daran, daß diese Parteihauptlinge unseren Genossen Utzelmann (Kempin), der sich unter den Opfern in Eichtenburg befindet und lebenslänglich zu Zuchthaus verurteilt ist, wiederholt als Spitzel bezeichnete. Wir konstatieren, daß die KPD. sich redlich Mühe gibt, dieser „Politik" treu zu bleiben, und nehmen mit der gebührenden Achtung davon Kenntnis.

Christlich-sozialdemokratisch

In Kiel werden die freigewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen zu Weihnachten selte Tage haben können. Auf alle Fälle werden sie nicht zu „begnaderten Verbrechern" wie ihre Kolleegen in Neukölln.

Die Gewerkschaften laßen in den Betrieben von allen Mitgliedern 5 Mark einsammeln, um den Arbeitslosen das Fest des Friedens zu verschönern. Es ist ja ein einfaches Mittel, Geld für solche Zwecke zu erhalten. Man bettelt bei den in Arbeit Stehenden. Denkende Proleten werden sich mit Ekel von dieser vertrotteten Gesellschaft abwenden, wenn sie bedenken, daß die Gewerkschaften ihnen einen Tarifvertrag aufgebrummt haben, der nicht von Pappe ist. Schlechter und elender stehen die Proletarier in den Betrieben da, wie vorher. Für den Wiederaufbau des Kapitalismus müssen sie hungern und schuften und die Gewerkschaften setzen mit den Wortgewaltigen zusammen den Proleten die Knie auf die Brust. Die Erwerbslosen wollen aber keine Almosen, sondern Arbeit und bedanken sich für die Judaspfennige, die ihnen hingeworfen werden.

Die zunehmende Teuerung und die Verelendung werden die Arbeiter zwingen, andere Mittel anzuwenden, um ihre Lage zu verbessern. Schon gärt es in den Reihen der gewerkschaftlich Organisierten. Wenn erst die Machinationen ihrer gerissenen Führer noch besser zutage treten, werden die Arbeiter mit den alten Organisationen brechen und mit der AAU. den Weg des proletarischen Klassenkampfes gehen. Einer neuen Zeit entgegen.

Die Behandlung der Lichtenburger Tragödie vor dem „Hohen Hause"

Der „Vorwärts" schreibt darüber:

„Es verblieben, außer etwa 150 Abgeordneten, 8 Pressevertretern, 5 Tippfräuleins nur noch — genau gezählt — 13 Zuhörer auf der Tribüne, die allerdings wacker durchhielten bis zur letzten Sekunde dieser endlosen Sitzung.

Indessen dürfte dieses Häuflein kaum auf seine Kosten gekommen sein. Der Abgeordnete Koch versteht es nicht, leere Bänke aufzurütteln. Diese Stimmbegabtheit sein Kollege Hölein von der Reichstagsfraktion in weit höherem Maße. Als überdies die kommunistische Fraktion merkte, daß der Vizepräsident Dr. Gerisch die meisten unparlamentarischen Ausdrücke, wie „Dump" und „Lüge" absichtlich überhörte, machte ihr das Schimpfen keinen Spaß mehr. So konnten die beiden letzten Diskussionsredner, der Volksparteiler Dr. Stendel und der Demokrat Dr. Höpker-Aschoff, ihre kurzen Ausführungen verhältnismäßig ungestört beenden. Nur Frl. Rosi Wolfstein versuchte im Schlußwort die parlamentarische Tradition der KPD. hochzuhalten. Eine Unterhaltung mit dieser jungen Dame um zwei Uhr morgens zu führen, muß gewissellos interessant sein. Ein labelhaftes Temperament! Ein wahres Schimpf-Maschinengewehr. Die Abgeordneten, die schon dem Einschlafen nahe waren, waren im Nu aufgeschreckt. Eine Sachsche folgte der anderen. Auch die Kommunisten machten aus ihrer Freude keinen Hehl.

Gegen halb drei begannen die Abstimmungen. Die kommunistischen Anträge werden, soweit sie die Bewilligung von Staatsmitteln fordern, dem Rechtsausschuß überwiesen, im übrigen folgertige Freilassung aller Gefangenen) abgelehnt: Die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag (sofortige Nachprüfung aller Urteile und Strafaussetzung in besonderen Fällen) ist zuerst zweifelhaft. Hammelsprung — um halb drei morgens! Die Rechte und das Zentrum beteiligen sich nicht daran. 66 Linksabgeordnete haben mit ja gestimmt. Beschlußunfähigkeit. Eine neue Sitzung „auf sofort" wird einberufen. Diesmal wird der Antrag angenommen. Ebenso ein von Dr. Oskar Cohn begründeter Antrag, der den Gefangenen weitgehende menschliche Rücksichten zuteil werden lassen soll. Nur die Deutschnationalen stimmen dagegen.

Proletariat! Arbeit! Schluß! Nach nicht! Eine Geschäftsordnungsdebatte beginnt über die Frage, ob die Revision der Geschäftsordnung von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werden soll oder nicht. Die Kommunisten protestieren gegen diese „Stundtotmachung der revolutionären Arbeiterschaft". Sie schicken nicht weniger als drei Abgeordnete ins Feld, darunter einzelne zweimal. Dr. Cohn schimpfiert sie. Erst um halb vier geht das Haus auseinander. Es heißt, daß die Wirtschaftsminister am Potsdamer Platz besonders gute Geschäfte gemacht haben."

Hier erübrigt sich jeder Kommentar. Das revolutionäre Proletariat muß sich selbst ein Urteil bilden über den „Wert" dieses Hohen Hauses und seiner Vertreter.

Die Erfassung der Sachwerte — und die Arbeitslosen

Vom Aktionsausschuß der Erwerbslosen erhalten wir folgenden Bericht:

Von den Demokraten bis zu den „Parlamentskommunisten" geht eine Einheitsfront. Aufgebaut wurde sie durch eine gemeinsame Parole dieser Parlamentarier, sie lautet: Erfassung der Sachwerte durch soundsoviel prozentige Beteiligung des Staates an allen Industrieunternehmungen. Der Zweck ist für die Demokraten, die Hochfinanz, die sie vertreten, zum Staatssumpf zu machen. Für die drei Arbeiterparteien ist der Wert, den sie sich versprechen, verschieden. SPD. und USP. wollen damit den Haushalt wieder ins Gleichgewicht bekommen, um somit den Wiederaufbau als Vorbedingung zum Sozialismus zu schaffen. Die KPD. hofft davon die soziale Revolution durch den Staat. Alle drei reiten aber dadurch den Kapitalismus.

Eine andere Grundlage und Auswirkung hat die „Erfassung der Sachwerte", die seit ein paar Tagen praktisch durch die Arbeitslosen geläufig wird. Auch hier besteht eine Einheitsfront, nämlich die aller arbeitslosen Proleten. In der Presse von der „D. Tagesz." bis zur „Roten Fahne" spricht man von einer organisierten Plünderei als Vorstufe zu größeren Freiheitsrissen. Die Herrschaften haben recht, wenn sie vom „organisierten" Aufmarsch der Arbeitslosen als Beschlagnahmekommissionen sprechen. Ein großer Organisator steht bereit für den Zugriff aller Instanzen, wenn sie es können. Er heißt: Hunger! Seine Wohnung: Der Magen eines jeden einzelnen Proleten! Es, Gestelt-Weltmonn, hinterher mit deinen Schnüfflern, Geglatzte Richter, bewaffneten Raddrusch, hetzt eure Beamten auf ihn; macht ihm den Prozeß, wie dem Genossen Jüchtmann und allen anderen. Ihr könnt die kommenden größeren Ereignisse nicht bannen, ihr habt ihn nicht in Ketten vor eurer weißen Justiz. Ihr seid unfähig dazu, Ihr Herren, das erkannten auch die Arbeitslosen. Als sie am Montag in der Zahl von fünftausend Hof und Garten in den Sophiensälen hüllten, der sprachen sie es auch einstimmig aus: **Schmeißt mit diesem System, wenn es uns nicht völlige Existenz geben kann.**

Die Arbeitslosen stellten eine Reihe von Forderungen auf. Nicht an parlamentarische Körperschaften, sondern in breiter Oeffentlichkeit, und nahmen sofort den Kampf auf. Keine Verhandlungen gingen dem voraus, somit kein Verlust an Kampfesmut und Mut. Hohn und Lügen wurden gegen die Arbeitslosen geschleudert. Gipo beschuldigte die Nachweise. Da griffen die Arbeitslosen, geduldig und zusammengefaßt vom Organisator Hunger, zur Waffe außerhalbtlicher Erfassung der Sachwerte. Der Staat hat Schulden an ihren Magen, also Zilgung derselben auf seine Kosten. O, wie die Spieler schrieen nach Polizei und Arbeiterblut verlangten.

Die Arbeitslosen hörten es nicht. Sie kannten nur eine, der mit den Sachwerten, damit wir nicht verhungern, und führen vor jedem Geschäft Flammenwerfer. Ueberall treten sie zusammen, wo sich Arbeitslose befanden, vereinigten sie sich unter der Parole, zeigen wir ihnen durch die Tat, daß wir Hunger und keine Kleidung haben, unseren Verlangen schenkt man sonst kein Gehör. So kürzten dann die Fensterscheiben! Sie sangen dabei ein Lied an die Proletarier in den Betrieben. Jede Fensterscheibe die zersang, jeder Mantel, der den Leib eines frierenden Proletariers nun wärmte, jedes Lebensmittel, das den Hunger stillte, vollendet die Melodie. Arbeiter in den Betrieben, hört ihr nicht den gleichen Hunger? Habt ihr nicht auch Mangel an Kleidung? Will man euch nicht verkürzen? Jawohl, euch geht es wie uns. Hört deshalb unseren Ruf. Es ist eigentlich unnötig, den wir euch je Worte bringen. Ihr könnt nicht mehr sehen. Der Hunger wüßt in euch. Alle eure Forderungen lehnt man ab, weil ihr mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt euch müht kämpft. Ihr verhandelt, bis ihr nicht mehr handeln könnt. Die arbeitslosen Brüder lagen euch, im Anfang sei die Tat und das Wort am Schluß. Die Tat von euch soll sich bewahrt gegen den Staat und seine Geschäftchen, wie die unsere. Eure Arbeit sicherst ihr nicht behaupt, daß ihr euch freut augenblicklich noch Arbeit zu haben und bedankt erhöhten Lohn, sondern durch das solidarische Kämpfen mit uns gegen die bürgerliche Gesellschaft. Um die politische und wirtschaftliche Macht gehe unser gemeinsames Kampf. So lange die Bourgeoisie sie hat, sind wir Todeskandidaten. Ihr Besitz sichert unser Leben. Geb ihr furchtsam? Habt ihr Angst es könnte Opfer kosten? Geht ihr denn die an Hunger durch unsere Nähe Gestorbenen nicht? Unsere Nähe kostet uns bedeutend mehr Opfer. Nehmt euch den Kampf der Arbeitslosen als Beispiel. In der Nähe des Polizeipräsidiums, trotz vor den Läden stehenden Gipo halten sich die Arbeitslosen die Schulden, die der Staat an sie hat. Wie sagt doch Max Hölz?

„Ihn Maschinengewehre halten Tausende von Proletariern in Schach. Es ist hier aber nur eine psychologische Frage. In dem Moment, in dem diese Proletarier ihre Furcht überwinden, wo sie, gezwungen durch den Hunger oder durch überquellende Erbitterung, sich zu Tausenden mit bloßen Händen auf die Maschinen stürzen, die die sehr Maschinen bedient, da ist es mit dieser Gewalt vorbei, auf die Sie heute noch pochen, und dann holt das waffenlose Proletariat sich die Waffen dort, wo sie in Haufen sind, und wendet sich damit gegen die Bourgeoisie."

Die Zeit ist reif, um durch den Hunger gestachelt, die Arbeitslosen nicht mehr fürchten.

Arbeiter in den Betrieben, schließt euch an!

Elend und Hungerrevolten!

Der Reichswirtschaftsminister beweist die Schuld der Bourgeoisie

In einer Denkschrift des Reichswirtschaftsministers an die anderen Ministerien und Regierungen der Länder, die sich mit der gegenwärtigen Situation befaßt, finden sich folgende lehrreiche Bekenntnisse:

Wohl findet wiederum, und zwar in weitgehendem Umfang, ein Ausverkauf Deutschlands statt, doch hat der normale Warenexport bei der jetzigen Hochkonjunktur nicht die gleiche Steigerung wie damals erfahren. Dieses Mal ist es weit mehr der Inlandsmarkt, welcher die Werte aufsaugt, d. h. die Erscheinungen der Flucht aus dem Markt im Innern Deutschlands, der Ausstauf der Verbraucher, welcher die Nachfrage über den tatsächlichen Bedarf hinaus gesteigert hat. Dieser Unterschied, der zwischen der jetzigen und der Hochkonjunktur 1919/20 zu bestehen scheint, ferner die in ihrem Ausmaß weit höhere Welle der Hochkonjunktur, lassen die zu erwartenden Folgen bei einem Umschwung noch bedenklicher erscheinen, als sie damals gewesen sind.

Noch einer Betrachtung über die Wahrscheinlichkeit der Verschlechterung der volkswirtschaftlichen Situation führt der Bericht dann fort:

Es ist daher wahrscheinlich, daß der zu erwartende Umschwung der Konjunktur ein Anwachsen der Arbeitslosenziffer und der Kurzarbeit in noch stärkerem Umfange als im Jahre 1920 hervorrufen und bedenkliche Aussichten in wirtschaftlicher sowohl als auch in politischer Beziehung eröffnen könnte.

Hier wird es so klipp und klar heraus gesagt, daß jeder Proletarier nichts zu behalten braucht als die Worte eines bürgerlichen Wirtschaftsministers, die geradezu ein Bekenntnis über die Ursachen und Folgen der Hochkonjunktur des kapitalistischen Profits sind, wie sie kein „kommunistischer Hetzer" besser präzisieren kann:

1. Die Ursache ist das wahnsinnige Aufkaufen der Lebensmittel und Gebrauchsartikel durch die Bourgeoisie, die sich Spekulanten und Vertretschränke „über den tatsächlichen Bedarf hinaus" anfüllt, damit dem Proletariat die Mark aus den Händen reißt, so daß es zum Verhungern verurteilt ist und

2. ist die Folge dieses Umstandes die, daß der Arbeiter, nachdem er so lange hungern genug war, für die Hamstervorräte der Bourgeoisie, zu schuften, in den Augenblick, wo sie bis an den Hals vollgefüllt ist und keine Nachfrage — bei den Zahlungsfähigen —, aber auch keine Ware und Rohstoffe mehr da sind, zum Dank dafür auf die Straße geworfen wird!

Also was den Arbeiter während dieser Hochkonjunktur erwartet, das erlebt er schon jetzt alle Tage: riesig anschwellende Preise, die er nicht bezahlen kann, daher Unterernährung, Unterhöhlung seines Körpers und der Gesundheit seiner Angehörigen, schon jetzt während dieser herrlich „florierenden" Wirtschaft, und gänzlichen Verkommen in der sich daran anschließenden Periode, die sie gänzlich aus dem Wirtschaftsprozeß als unbrauchbar, überflüssig genommen, ausbläst und wegwirft wie eine ausgepreßte — mitsamt ausgepreßte — Zitrone.

Und angesichts dieser Tatsachen, dieser Eingeständnisse seitens der Regierung wagt man es, jene Akte der Notwehr, der Selbsthilfe, wo der verelendete Teil des Proletariats, die vom Kapitalismus schon heute zur Arbeitslosigkeit verurteilten Massen versuchen, sich wenigstens das was sie heute brauchen um nicht zu verhungern, ohne Geld zu haben bei denen, die schuld daran sind, daß sie dieses Notwendigste nicht haben, wagt es die einzig und allein am Schuldpranger stehende Bourgeoisie, diese als gemeine Verbrecher zu bezeichnen! Wo diese Verbrecher sitzen, das sagt — gwar nicht ihnen, aber doch den letzten der Regierungsstellen in einem Anfall von Selbsterkenntnis, ihr eigener Wirtschaftsminister! Und diese Bourgeoisie und ihr Zuhälter, die Presse, hat auch schon das neue Schlagwort für die Verzweiflungsakte gefunden: Mißbrauch der Teuerung heißt es in einer empörten Ueberschrift der „Montagspost". Nur ist das richtige Wort! Der Ausdruck „Mißbrauch" wendet man immer dann an, wenn etwas Wertvolles, Kostbares, Heiliges in Gefahr kommt. Und dass der Kapitalismus die Teuerung etwas Kostbares ist, weil sich so herrliche Gewinnen und Dividenden herausschlagen lassen, das ist durchaus begreiflich. Und es ist wirklich ein „Mißbrauch", wenn die Proletarier das nicht begreifen und durchaus nicht sang- und klanglos um dieser herrlichen Preistreiberei willen verrecken wollen!

Es wird Zeit, daß die ganze Arbeiterschaft das endlich begreift und die Ausführungen des Reichswirtschaftsministers sich zu Herzen nimmt: Schaffen, und doch nicht satt werden heute — auf die Straße fliegen und verhungern morgen.

Sollen die sich Opferanden in den Gesängnissen, sollen die verzweifelten Arbeitslosen wieder im Stich gelassen werden? Glaubt man durch Deputationen an die Regierung, durch parlamentarische Phrasen, dadurch, daß man sich mit Wasserglässern bespritzt, die Bourgeoisie „umzustimmen"? Kann diese Bourgeoisie, kann dieser Staat überhaupt die Zustände besseren? Müssen nicht vielmehr diese Zustände immer schlimmer werden, ganz gleich ob Bürgerliche, Sozialdemokraten oder Kommunisten in einer Regierung sitzen, die auf dem Grundpfeiler der bürgerlichen Demokratie, der Unantastbarkeit des Privateigentums, also der kapitalistischen — d. h. das Proletariat ausbeutenden — Wirtschaftsweise aufgebaut ist? Das sind die Fragen, die sich einem jeden Proletarier aufdrängen, je mehr er Schwerkl verliert, ohne dafür Nahrung zu bekommen, je mehr er die eigene Gesundheit und die seiner Kinder opfern muß. Das Proletariat muß diese Fragen die richtige, selbstverständliche Antwort zu geben wissen!

Revolution und Staatsbeamte

Von einem Genossen erhalten wir folgenden Bericht:

Wenn man heute von der Gesellschaftsentwicklung der Proletarier spricht und mit ihr rechnet, so muß man dieses Problem bei den Staatsbetrieben, die einen so großen Beamtenkörper haben, anders bewerten als in der Privatindustrie. Wenn noch dem Kriege auch eine große Anzahl mehr oder weniger ordnungsliebender Elemente in den Betrieb eingezogen sind, so ist es doch auch gerade wieder diese Tatsache, die den alten Geist vermehrt, seine Traditionen mit Klauen und Zähnen festhalten. Geradezu erschütternd ist es ferner zu beobachten, mit welch fanatischem Haß große Schichten der unteren und mitt

Genossen! Vergeßt die politischen Gefangenen nicht! Sammelt!

müssen zur Branche der Transportarbeiter. Warum erkennen sie das nicht? Wir wissen, wenn in einer kapitalistischen Gesellschaft der neue Erdenpilger seinen ersten Schrei noch nicht beendet hat, er bereits einem politischen Machtfaktor, der Statistik zum Opfer fällt. Demzufolge besucht er eine Schule, die darauf eingestellt ist, den Egoismus zu wecken und möglichst stark zu entwickeln. Diese verabscheuungswürdige Eigenschaft spielte schon früher beim Militär, heute noch, in den Staatsbetrieben eine große Rolle. So war es denn möglich eine Klasse zu züchten, die sich einbildete, die anderen seien nur um ihretwillen da, denn sie haben doch den Staatsbeamtenstiel. Sancta simplicitas.

Selbstredend gab man dieser Kaste auch ihre Organisation — von oben her — das haben sie aber noch nicht gemerkt — die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter.

(Anm. d. Red.: Die KAPD. entsendet bereits in diese gelbe Institution ihre Zellenaktivisten, die mit Erfolg den freigewerkschaftlichen DGB. bekämpfen.)

Also auch diejenigen Arbeiter, welche erst eine Anwartschaft auf den Titel haben, dienen bereits als Rekruten der Organisation, bis die entsprechenden Stellen frei werden. Da nun aber die Höhe der Pensionen eine derartige ist, daß die alten Beamten es vorziehen, so lange im Dienst zu bleiben, wie sie es aushalten können, so wird man verstehen, wenn die „Anwärter" ihren alten Kollegen den Tod in mancherlei Gestalt auf den Hals wünschen, um eben in die freigewordene Stelle aufrücken zu können. Wenn auch die Frau als Heimarbeiterin mitverdienen muß, was tut's, ihr Mann ist ja Beamter.

Endgültig verurteilen kann man diese Leute nur auch nicht, denn sie sind Produkte der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wie alle andern, nur noch durch ein viel raffiniertores System verurteilt, dieser unbewußt zu dienen. Des Pudels Kern ist die sogenannte Lebensstellung. Während der freie Arbeiter im Produktionsprozeß hin und her geworfen wird, immer das Nichts vor Augen, hat er erkannt, daß er ein Spielball in den Händen der Unternehmer ist, und seine Selbstbewußtseinsentwicklung nimmt stärkere Formen an. Diese Arbeiter können nun, wenn sie aus irgendwelchen Gründen in die politische Arena treten, nicht auf die Eisenbahner rechnen. Denn diese bilden sich ein, am Staate interessiert zu sein und dürfen ihn darum nicht behindern.

Dringen sie es bis zu einem Lohnkampf und von irgendeiner Seite wird gesagt: Der Streik wirkt politisch, und muß es (aus den uns bekannten Gründen), dann retten sie den Staat und bitten, statt acht zwölf Stunden arbeiten zu dürfen.

Braucht man diese Leute nun bei einer politischen Bewegung? Es wäre jedenfalls nicht unangenehm, ihrer Sympathien sicher zu sein, aber der Gedanke daran ist schon lächerlich und die proletarische Revolution wird ihren Weg gehen, ohne daß man sich in Aufrufen an die Beamtenschaft ergeht, die dadurch nur prosaiert wird gegen die Arbeiterbewegung. Die Arbeiter werden wissen, wie sie eine Eisenbahn stillegen, und werden auch im gegebenen Falle die geeigneten Kräfte zu finden wissen, eine Lokomotive zu steuern, wenn man berücksichtigt, daß das Hilfspersonal (Heizer und Zeugmänner) in erster Linie, den Augenblick für günstig hält, eine bedeutungsvollere Position zu erlangen.

Während nun zunächst eine Aenderung der Verhältnisse, durch die Revolution, auch diese Klasse in ihrer Gesamtheit zur Erkenntnis bringen wird, so haben wir auch gleichzeitig die berechtigte Hoffnung, daß trotz einiger Fälle von „Passivität" nach kurzer Zeit ihre Einstellung im Sinne der neuen Ordnung ausfallen wird. Die bisherige Schwerfälligkeit wird durch die jetzt noch unbewußte Proletarisierung noch nicht zu einer bewußten Handlung führen, und so muß man eben in diesem Falle, wie schon gesagt, mit der Umgestaltung der Verhältnisse rechnen, die diese Leute zum Bewußtsein ihrer Klassenlage bringt.

Zur Internationale der Unionen

Die Reichskonferenz der AAU. hat zur Frage der „Internationale" einen Beschluß gefaßt, der nur zum Teil richtig ist und verwirklicht werden kann. Richtig ist die Loslösung von der Roten Gewerkschaftsinternationale, über die sich momentan jedes Wort erübrigt. Richtig ist, für internationale Propaganda über Aufbau und Taktik der Betriebsorganisationen in diesem Augenblick die KAP. und vor allem die KAU. mit verantwortlich zu machen.

Falsch dagegen ist die Forderung, im Organisationsbureau der KAU. einen Vertreter mit Sitz und Stimme zu haben. Die KAU. ist der bewußte Zusammenschluß rein politischer Organisationen, international. Die Unionen ist Klassenorganisation, aufgebaut aus dem Produktionsprozeß heraus. Eine internationale Zusammenfassung fehlt noch. Wohl aber befinden bereits — ohne Fühlung zu der Bildung begriffen — außer in Deutschland — Betriebsorganisationen oder ihr wesensähnliche Vereinigungen in Holland und England. Es geht grundsätzlich nicht an, daß eine außergarteie Organisation in der KAU. Rechte hat, die hinausgehen über Information und Forderung des gegenseitigen Verkehrs, ausgenommen, über Bestrebungen auf gemeinsamen Kampf. Und es geht schon gar nicht an, daß diesen Anspruch die Betriebsorganisationen eines Einzellandes erheben. Dieser Wunsch hat seinen Ursprung in den Auseinandersetzungen, die über Zusammenhang und über Arbeitsrichtung von KAU. und AAU. stattfinden. Aber gerade die erkannte Pflicht zur Selbständigkeit beiderseits verlangt die Ablehnung dieses Beschlusses. Sehen ganz und gar in einem Augenblick, in dem die KAU. eben erst zu selbständiger Arbeit in die internationale Kampfarena tritt.

Ferner aber fehlen nun der Resolution der Reichskonferenz — und das ist das wichtigste — die eigentlich positiven Teile. Sie beschränkt sich mit einem gewissen Resignation auf die Abwälzung ihrer internationalen Propaganda an die KAU. In der Hauptsache lag das wohl einfach daran, daß sie sich um die Aufstellung von Richtlinien für die Internationale bisher wenig bemüht hatte. Und dies hat zum Grunde, daß ihr der Zeitpunkt für die Schaffung einer solchen Unionsinternationale verfrüht erscheint.

Mag sein, daß zur Zeit die Voraussetzungen nicht voll gegeben sind, so entbindet das die Union doch nicht von der Pflicht, alles schnell Mögliche zu schaffen auf eigenem Wege. Nur zwei Tatsachen seien herausgegriffen, die sich besser die Notwendigkeit. Einmal aus dem Zusammenbruch Gewerkschaftsbund und der Roten Gewerkschaftsinternationale. Zweitens — und das ist das Grundlegende — aus der Krise des Kapitalismus heraus, aus seiner Krise als Wirtschaftssystem überhaupt, aus seiner Krise als Weltkrise und Lohnkrise.

Weltkrise und Lohnkrise voraussetzt, besteht der Zwang für das internationale Proletariat, eine Kampf- und Klassenorganisation zu schaffen, die dem modernen Produktionsprozeß angepaßt

Mitteilungen

Erklärung!

Die „Rote Fahne" vom Mittwoch, den 23. November, versöffentlicht die Namen der zum Zuchthauserr Roßdrayk entsandten Delegationen. Unter diesen ist auch ein Genß Meßmann, Reinsdorf, als Vertreter der KAPD. genannt.

Wir haben dazu zu erklären, daß unsere Partei mit dieser Komödie nichts zu tun hat und der betreffende Genosse mit diesem Moment jedenfalls aufgehört hat, Mitglied der KAPD. zu sein.

12. Bezirk, Schönebg. rg. Am 26. November Mitgliederversammlung bei Schimemann, Sedanstr. 19.

21. Bezirk, Rahnsdorf. Am Freitag, den 25. November abends 7½ Uhr findet im Lokal von Hiemke Wallstr. 55, ein kombinierte Versammlung der Partei und BO. statt. Tagesordnung: Die politische und wirtschaftliche Lage und die Aufgabe der Partei und BO. Gäste haben Zutritt.

KAPD. Hamburg und Altona

Dienstag, 29 November, ebends 7½ Uhr pünktlich

Allgemeine Mitgliederversammlung

im Holsteiner Haus Zirr, Kohlhöfen 16. Tagesordnung: 1. Lektt der Partei. 2 Zusammenschluß mit Altona. 3. Organisationsfragen Alle Mitglieder müssen erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Oeffentliche Quittung der VRAA.

Aus Groß-Berlin gingen ein

a) Auf Sammellisten:

Nr 20 96 M., Nr. 26 110 M., Nr. 39 83 M., Nr 40 60 M Nr. 158 140 M., Nr. 159 193 M., Nr. 160 124,50 M., Nr. 19 79,50 M., Nr. 187 87 M., Nr. 192 100 M., Nr. 210 74,50 M. Nr. 211 70 M., Nr. 239 63 M., Nr. 241 167 M., Nr. 242 107 M Nr. 266 453,10 M., Nr. 268 186 M., Nr. 271 125 M., Nr. 27 570,30 M., Nr. 315 60 M., Nr. 360 186 M., Nr. 368 100 M Nr. 367 165 M., Nr. 369 75 M., Nr. 382 322 M., Nr. 384 221 M Nr. 386 152 M., Nr. 387 112 M., Nr 388 468 M., Nr. 395 62 M Nr. 402 142 M., Nr. 422 64,50 M., Nr. 423 95 M., Nr. 424 39 M Nr. 430 257 M., Nr. 432 136,50 M., Nr. 458 73 M., Nr. 461 121 M Nr. 463 14 M., Nr. 469 220 M., Nr 478 92 M.

b) Auf Sammelmarken:

4. Bezirk 266 M., 10. Bezirk 10 M., 13. Bezirk 360 M 16. Bezirk 360 M., 17. Bezirk 90 M.

c) Auf Postkarten:

13. Bezirk 45 M., 16. Bezirk 18 M.

d) Sonstige Sammlungen:

1. Bezirk 12 M., 4. Bezirk 203,35 M., 9. Bezirk 80,85 M 13. Bezirk 198,80 M., Berliner Zentrale KAPD. 144,55 M AAU. 200 M., Syndikalisten 192,50 M., Konsum-Genossenschaft 81. Verkaufsst 58,35 M., Genosse Pontow 5 M., Gen. Dechant 20 M Gen. Plötzner 10 M., Gen. Beer 30 M., Gen. Gundelach 10 M Gen Lose u Seeger 7 M.

Aus Kamens i. S. 44,55 M., aus Königsberg i. Pr. 149 M. aus Frankfurt a. M. 200 M., aus Wittenberge 350 M., von KAPD. Genossen aus der Schweiz 1350 M., von KAPD.-Genossen aus Marseille 2000 M.

Der geschäftsführende Ausschuß
der VRAA. der KAPD., AAU. u. KAU

Am Sonntag, den 4. Dezember, findet abends 7½ Uhr in der **Stadthalle**, Klosterstraße 47/50, ein Vortragsabend von

Ernst Friedrich

statt unter Mitwirkung des Sprechchors des Arbeiter-Wanderbunds und des Arbeiter-Gesangvereins.

Der Reinertrag ist für die politischen Gefangenen bestimmt. Karten in der Buchhandlung der KAPD., Landsberger Straße 6 und an der Abendkasse.

Neu erschienen! Neu erschienen

Karl Liebknecht:
Reden und Aufsätze
von Julian Gumperz.
— Preis: 15 Mark —
Verlag der KAPD., Berlin Landsberger Str. 6.

Im November erscheint:
Der historische Materialismus
von Hermann Gorter.
Neue vermehrte Auflage unter besonderer Berücksichtigung der deutschen und russischen Revolution.
— Preis 7.— M. —
Herausgegeben vom Organisationsbureau der kommunistischen Arbeiter-Internationale. Bestellungen sind zu richten an den Verlag der KAPD., Berlin NO 18, Landsberger Str. 6, Ecke Höchste Str.

Im Verlag der KAPD., Berlin NO 18, Landsberger Str. 6, Ecke Höchste Str., ist
Heft 9/10 der Zeitschrift
Proletarier
herausgegeben vom Organisationsbureau der Kommunistischen Arbeiter-Internationale, Berlin, zum Preise von 3.— M. zu haben.
Die Propaganda-Adresse der Betriebe werden um Abholung der für jeden Bezirk benötigten Anzahl ersucht.
Im Verlag der KAPD. sind bisher folgende

Flugschriften

erschienen:
Nr. 1. Die Moskauer Internationale . . . . . —,25 Mk
Nr. 2. Die Hauptfragen der revolutionären Taktik (Kritik der KAPD) . . . . . —,40 „
Nr. 3. Die verbrecherische Politik der 3. Internationale (von Anton Pannekoek) . . . . . —,25 „
Nr. 4. Weltkrise und Klassenkampf . . . . . —,25 „
Nr. 5. Die Gewerkschaften, der Rettungsanker des Kapitalismus . . . . . —,25 „
Nr. 6. Die Erwerbslosenfrage . . . . . —,25 „

Verantwortlicher Redakteur: K. Stern, Berlin — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Rasser, Berlin, Alexandrinenstraße 110.

Ausland

Italien.

Die Arbeitslosen in Italien.

Rom, 21. November. Die Zahl der Arbeitslosen in Italien betrug nach amtlicher Feststellung am 1. Oktober 473 216, darunter 93 914 Frauen. Die Streikenden sind hierbei nicht mitgerechnet. Gegen 1. September bedeutet das eine Zunahme um 2674. In der Hauptindustriegruppe, der Kombarbei, sind allein 110 880 Arbeitslose.

Vor einem Eisenbahner-Generalstreik.

Lugano, 21. November. Die italienische Regierung scheint entschlossen zu sein, den Kampf mit den Eisenbahnern, sofern der Generalstreik beschlossen wird, aufzunehmen. Sie vertraut dabei auf die katholischen, faszistischen und die den wirtschaftlichen Syndikalen angehörigen Eisenbahner, mit deren Hilfe sich ein eingeschränkter Betrieb aufrecht erhalten lassen würde. Die Verwaltung der Staatsbahn hat an das streikende Personal Sabotaliens verfaßt eine Warnung ergehen lassen. Der Streik selbst dauert fort, jedoch nimmt die Zahl der abgefertigten Verzeichnisse zu.

Im Falle eines Eisenbahner-Generalstreikes wird die faszistische Partei sofort zum Schutze der arbeitswilligen Eisenbahner mobilisiert werden. Die Verfassung beschloß ferner, die faszistischen Verbände nach vom erfolgter Annullierung des Burgfriedensvertrages aufzufordern, Gewalt nur zur Verteidigung und für die Wahrung der nationalen Interessen anzuwenden.

Polen.

25 000 Ausdrucksmappen hat der Zentral-Arbeitgeberverband für die Woiwodschaft Pommerellen und den Stadtbezirk Bromberg nach einer Meldung aus Bromberg ausgesprochen. Der Grund dazu ist in neuen Lohnforderungen der Arbeiter zu suchen. Die Erregung unter der Arbeiterschaft ist groß.

China.

Peking, 21. November. In China sind wegen der Finanzkrise sämtliche Minister zurückgetreten.

Unter sämtlichen Staatsangestellten, namentlich unter den Polizei- und Gendarmerieoffizieren, in China herrscht eine große und gefährliche Unzufriedenheit, weil ihrer Forderung auf sofortige Auszahlung der rückständigen Gehälter nicht nachgekommen wurde. Die infolge der wirtschaftlichen Krise herrschende Verdienstlosigkeit hat unter der Arbeiterschaft große Erbitterung hervorgerufen, die immer mehr im Steigen begriffen ist. In Peking ist es infolgedessen zu großen Unruhen gekommen, über deren Ausgang bis heute Einzelheiten nicht bekannt wurden.

Indien.

Verschlimmerte Lage in Bombay.

London, 21. November. (WTB.) Einer Exchangemeldung aus Bombay zufolge, hat sich dort die Lage verschlimmert. Die Zahl der in den Kämpfen Getöteten ist gestiegen.

„Sunday Express" meldet aus Bombay, daß die Zahl der dort im Ausstand befindlichen Arbeiter mehr als 80 000 beträgt.

Sammelt für den Pressefonds.
Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29.

Nr. 250 — Preis 50 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Berliner Bezirksorganisationen, im Straßenhandel und durch den Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Straße 6 Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags

Postschekk. für Berlin: Berlin NW 7 Nr. 49029; für auswärts: Berlin NW 7 Nr. 100009. — Versand unter Streifband: für Berlin 5,50, nach auswärts 6,—, nach dem Ausland 9,— monatlich

Arbeiter, worauf wartet ihr noch?

Aus den Zuchthäusern kam der Ruf eurer opfermutigsten Klassengenossen „Freiheit oder Tod!" Was tatet ihr?

Ihr habt eine „Einheitsfront" geblibel. Diese „Einheitsfront" habt ihr geblibel mit jenen, die darüber zu wachen haben, daß eure Genossen, die Besten, wenn irgend möglich niemals wieder lebend diese Zuchthäuser verlassen. Ihr habt sie geblibel mit jenen Hörling, Severing, mit all jenen Parlamentariern, die gemeinsam mit der Bourgeoisie im März brüllten: „Nieder mit diesen degenerierten Verbrechern!"

Von den Arbeitslosen kam der Schrei, der Appell an eure Klassensolidarität, euch auf euer Klassenbewußtsein zu besinnen, ihren Kampf zu unterstützen. Auch er ist ungehört verhallt. Die Erwerbslosen wurden, werden noch zur Bezweiflung getrieben, und während ihr papierne Resolutionen annahmt, die da lauten: „Heraus mit den Gefangenen!" führt die Bourgeoisie ihre Parole durch, die da lautet: Hinein mit jenen „unlauteren Elementen"!

Doch ihr habt noch mehr getan.

Ihr habt einen Betriebsrätekongreß abhalten lassen. Auf diesem Betriebsrätekongreß wurden viele und lange Reden über Betriebs- und Produktionsfragen gehalten, in jenen Justizpalästen und habt „flammenden Protest" erhoben.

Und was ist geschehen? Was mußte geschehen?

Dieser famose Betriebsrätekongreß hat nach mehrstündigem Schwätzen entdeckt, daß er weiter nichts tun kann, als seinen Bankrott zu erklären, aus dem einfachen Grunde, weil das Fundament, auf dem alle diese famosen Betriebsräte stehen, dasselbe ist, wie das der konterrevolutionären Regierung, nämlich die Gewerkschaften. Ihr habt diejenigen, die im Betriebe für „Ruhe und Ordnung" zu sorgen haben, zu ihren Oberaufsehern geschickt, die in der demokratischen Republik für „Ruhe und Ordnung" zu sorgen haben.

Ihr habt — wie so oft — den Teufel zu seiner Großmutter geschickt und habt außerdem mit diesen Satansgebilden, den Gewerkschaften, Bundesbrüderschaft geschlossen. Ihr steht mit euren schlimmsten Feinden, den Gewerkschaften, in Reih und Glied, in einer Einheitsfront und verlangt die Herausgabe derjenigen, die die Feinde dieser Ordnungsbestien sind.

Ueberlegt euch einmal, warum der Obergewerkschaftler Radbruch eure im Zuchthaus schmachtenden Genossen mit brutalem Zynismus als seine Feinde bezeichnet. Er hat eure Ohnmacht erkannt. Er weiß, daß die Gewerkschaftsbureaukratie euch alle an der Strippe hat. Daß ihr, solange ihr „gewerkschaftliche Disziplin" haltet, vollständig ungefährlich seid.

Bloß eines habt ihr vergessen. Ihr habt vergessen, daß proletarische Klassensolidarität nur Tatsolidarität sein kann. Ihr habt vergessen, daß, soll Solidarität kein Hohn sein, es die erste proletarische Pflicht ist, wenn eure Klassengenossen das Essen verweigern und durch freiwilligen Tod — wahrlich ihr letztes Mittel — noch gegen die demokratische Zuchthausrepublik demonstrieren, ihr wenigstens dieser Zuchthausrepublik die Arbeit verweigert.

Doch das Schicksal schreitet schnell.

Ihr alle könnt nicht mehr leben. Für das Proletariat ist nichts mehr da. Der Hunger, der unerbittliche, läßt auch euch nicht mehr zur Ruhe kommen, und wenn eure Schafsgeduld noch so groß ist. Und rücksichtslos wird die Ordnungsbestie alle diejenigen unschädlich machen, die wieder den Sinnlosen Ohr- und Augenblicken entdeckt zu jenen Justizpalästen und habt „flammenden Protest" erhoben.

Und was ist geschehen? Was mußte geschehen?

Dieser famose Betriebsrätekongreß hat nach mehrstündigem Schwätzen entdeckt, daß er weiter nichts tun kann, als seinen Bankrott zu erklären, aus dem einfachen Grunde, weil das Fundament, auf dem alle diese famosen Betriebsräte stehen, dasselbe ist, wie das der konterrevolutionären Regierung, nämlich die Gewerkschaften. Ihr habt diejenigen, die im Betriebe für „Ruhe und Ordnung" zu sorgen haben, zu ihren Oberaufsehern geschickt, die in der demokratischen Republik für „Ruhe und Ordnung" zu sorgen haben.

Ihr habt — wie so oft — den Teufel zu seiner Großmutter geschickt und habt außerdem mit diesen Satansgebilden, den Gewerkschaften, Bundesbrüderschaft geschlossen. Ihr steht mit euren schlimmsten Feinden, den Gewerkschaften, in Reih und Glied, in einer Einheitsfront und verlangt die Herausgabe derjenigen, die die Feinde dieser Ordnungsbestien sind.

Ihr habt